

Gemeinsame Tagung
des ÖVP-Parlamentsklubs
und des Geschäftsführenden Vorstandes der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 7. und 8. Juli 2014 in Wien

Religionsfreiheit

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der ÖVP-Parlamentsklub treten gemeinsam für die Religionsfreiheit als **elementares Menschenrecht** ein. Für viele Menschen ist der Glaube das Fundament ihres Lebens. Sie müssen die Freiheit besitzen, ihren Glauben ohne Zwang und Beeinträchtigungen auszuüben. Zur Religionsfreiheit gehört das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören und die Religion zu wechseln, darüber hinaus aber auch die Möglichkeit für alle Menschen, ihre jeweilige Religion in der Öffentlichkeit innerhalb des Rahmens der internationalen Menschenrechtsvereinbarungen auf Ebene der Europäischen Union, des Europarats und der Vereinten Nationen praktizieren zu können. Deutschland und Österreich nehmen bei der Durchsetzung der Religionsfreiheit auch weiterhin eine Vorreiterrolle in der Staatengemeinschaft ein.

Gerade die **Solidarität** mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten in der Welt ist uns ein besonderes Anliegen. Denn weltweit können wir beobachten, dass die Verletzung der Religionsfreiheit oft von anderen schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet wird – bis hin zur Verletzung des Rechts auf Leben. Die **besondere Aufmerksamkeit** hierbei gilt der zahlenmäßig **größten** betroffenen **Gruppe**, den **Christen**. Gerade uns, die wir als Nachbarn Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes betreiben, kann dies nicht ruhen lassen. Christen, die Bedrängnis und Verfolgung alltäglich erleben, verdienen unsere Aufmerksamkeit, besondere Anstrengungen der Solidarität und unseren Beistand.

In einem **Kongress** „*Verfolgte Christen – Einsatz für die Religionsfreiheit*“ im Jahr 2013 in Salzburg haben ÖVP-Parlamentsklub und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Kräfte für die Einhaltung dieses elementaren Menschenrechts gebündelt. Mit diesem gemeinsamen Beschluss wollen wir die hinzugewonnenen Erkenntnisse und die für uns als Politiker daraus folgenden Handlungsoptionen untermauern und ein öffentliches **Zeichen** setzen.

Dem Christentum gehört rund ein Drittel der Weltbevölkerung an. Nach Schätzungen renommierter Institute werden rund 100 Millionen Christen weltweit aufgrund ihres Glaubens diskriminiert, bedrängt und verfolgt. Gerade in jüngster Zeit

erfahren wir von vielen Fällen, zahlreiche **besorgniserregende Nachrichten** erreichen uns.

Deutlich wird: Religionsfreiheit wird vielfach und zunehmend eingeschränkt. Besonders die Situation **im Nahen Osten** hat sich mit der Zunahme gewalttätiger Konflikte, wie zum Beispiel in Syrien, weiter verschärft. Deutschland und Österreich haben sich bereit erklärt, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, z. B. syrisch-orthodoxe Christen, aufzunehmen. Gleichwohl muss es das Ziel sein, **dauerhaft friedliche Lebensperspektiven** in dieser oder vergleichbar betroffenen Krisenregionen zu schaffen, damit die Auswanderung - gerade auch für Christen - nicht zur einzigen Überlebensoption wird.

Beispielhaft für das Schicksal und die Probleme bedrängter und verfolgter Christen weltweit steht die Entführung zweier hochrangiger kirchlicher Würdenträger in **Syrien**. Seit fast einem Jahr sind der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Aleppo Mar Gregorios Yohanna Ibrahim und sein griechisch-orthodoxer Amtsbruder Bulos Jasidschi an einen unbekanntem Ort verschleppt. Von ihnen fehlt immer noch jede Spur, über ihren Verbleib oder ihren Gesundheitszustand ist nichts bekannt.

Weltweite Bestürzung hatte in den letzten Wochen das Todesurteil gegen die damals hochschwängere 27-jährige Christin Mariam Yahia Ibrahim Ishag ausgelöst. Ihr Beispiel zeigt, wie wenig das Menschenrecht auf Religionsfreiheit im **Sudan** gilt, wo Christen starkem Druck durch die Behörden ausgesetzt sind. Obwohl dieses Recht, zu dem sich das sudanesisches Außenministerium ausdrücklich bekennt, in der sudanesischen Verfassung von 2005 festgeschrieben ist, belegt das Land im aktuellen Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerkes Open Doors einen alarmierenden elften Platz.

Auch im **Iran** sind Menschen aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses inhaftiert. Während der zum Tode verurteilte iranische Pastor Yousef Nadarkhani, der vom Islam zum Christentum konvertiert war, aufgrund weltweiten Engagements und des Drucks der breiten Öffentlichkeit wieder frei kam, sind viele Fälle noch ungelöst.

Dramatisch ist auch die Lage in **Nigeria**. Kirchen werden verbrannt, zwölf der 36 Bundesstaaten haben die Scharia als offizielles Rechtssystem eingeführt. Wir verfolgen mit großer Sorge das Schicksal der rund 250 überwiegend christlichen Schulumädchen, die Opfer einer Entführung durch die radikal-moslemische Terrorsekte Boko Haram geworden sind.

Darüber hinaus machen uns auch aktuelle Medienberichte über die jüngsten Entwicklungen im **Irak** mit der Vertreibung chaldäischer Christen durch radikalislamische Kräfte betroffen. Viele Christen, die im Norden des Landes

Zuflucht gefunden hatten, sehen sich nun doch zur Flucht aus ihrem Heimatland gezwungen. Damit droht ein Erlöschen der langen und überaus reichen christlichen Tradition im Zweistromland.

Neben lebensbedrohlichen Situationen erleben viele Menschen Bedrängnis und Benachteiligung im **Alltag**. Sie werden vielfach in der Ausübung ihrer Religion behindert: Durch unterschiedliche bürokratische Hemmnisse, einen eingeschränkten Zugang zu Schulen oder Universitäten oder durch das strikte Verbot, Bauten zur Religionsausübung zu errichten.

Das Thema **Schutz religiöser Minderheiten**, insbesondere bedrängter, bedrohter und verfolgter Christen, gehört in die breite Öffentlichkeit. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dieses Unrecht - insbesondere im Kontext der Außenpolitik - zu benennen. Den politisch Verantwortlichen in den betreffenden Ländern zeigen wir damit, dass wir Benachteiligungen nicht hinnehmen, sondern gewillt sind, sie öffentlich zu machen.

Gemeinsam fordern wir:

1. Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Lage der Christen und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten in Nordafrika, dem Nahen oder Mittleren Osten sowie in Asien sich im Zuge der politischen Umwälzungen in mehreren Staaten zum Schlechteren entwickelt. Deshalb fordern wir, dass die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religionsfreiheit garantiert und umgesetzt wird, mit aller Kraft unterstützt wird. Auch Christen müssen in dieser Region eine Zukunft haben.
2. Den wachsenden Einfluss radikalislamischer Kräfte betrachten wir mit Sorge. Wir wollen das Leid der syrischen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten lindern helfen und setzen uns für einen uneingeschränkten humanitären Zugang von Hilfsorganisationen innerhalb Syriens ein.
3. Die Transformationsprozesse in Staaten, in denen sich eine positive Entwicklung zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Pluralismus abzeichnet, müssen unterstützt werden. Bereits begonnene Transformationspartnerschaften sollen fortgeführt werden. Der Umgang mit der jeweiligen Opposition, die Gewährung elementarer Grund- und Freiheitsrechte einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit sowie die Existenz einer freien Presse- und Medienlandschaft müssen ausschlaggebende Kriterien für die Unterstützung dieser Staaten sein.
4. Auch in westlichen Demokratien ist die Religionsfreiheit immer wieder Thema in der öffentlichen Diskussion. Wir treten daher nicht nur für eine internationale Stärkung der Religionsfreiheit ein, sondern setzen uns auch in unseren eige-

nen Ländern gemeinsam mit allen anerkannten Religionsgemeinschaften dafür ein, dass alle Menschen ihre Religion ausüben können und allen Religionsgruppen in unseren Ländern ein friedliches Zusammenleben auch weiterhin ermöglicht wird.

5. Österreich und Deutschland engagieren sich daher besonders im Dialog der Kulturen und Religionen, welcher ein friedliches Zusammenleben in Respekt und Toleranz ermöglicht.
6. Gemeinsam mit den EU-Partnern wollen wir darauf hinwirken, als Teil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine koordinierte Strategie zum Schutz der Religionsfreiheit zu entwickeln und weiterhin umgehend und angemessen, möglichst in Partnerschaft mit den anderen EU-Staaten, auf Berichte über Verletzungen der Religionsfreiheit zu reagieren. Darüber hinaus wollen wir uns auch im Rahmen der OSZE für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und den Schutz der Rechte religiöser Minderheiten einsetzen.

Wien, 7. Juli 2014